Bereitet den Landsonntag in allen Zellen für den 22. Mai vor!

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile 35 Pf., für Stellenanzeigen 20 Pf., Reklamezeile (amtl. an den zweispaltigen Teil einer Zeile) 1,50 RM. Anzeigenannahme: „Das Inserat", Allg. Inseratenunion, Abt. Dresden, Gottschr. 7, Fr., Tel. 27 853, Postscheck Dresden 205 15. Redaktion: Dr.-A., Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17 250. Bezugspreise: frei Haus monatlich 2,20 RM (im voraus zahlbar), durch die Post 2 RM. (zuzügl. Zustellgebühr). Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Zurückzahlung des Bezugspreises. Expedition und Auslieferung durch Zeitungsvertrieb Hilse Kleetisch, Dresden-A., Annenstraße 60. Tel. 25 521, Postscheckkonto Dresden 20 404. Verantwortlich für Lokales: Otto Göbel, Dresden; Ausland: Karl Preisner, Berlin; übriger Teil: Erich Geldmann, Dresden; für Inseratenteil: Fritz Richter, Dresden; Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden-Altstadt 1, Güterbahnhofstraße 2. Telephon 17 250. Postscheckkonto Dresden Nr. 18 600.

8. Jahrgang | Dresden, Mittwoch den 18. Mai 1932 | Nummer 114

Vor der Umbildung der Reichsregierung:

Schleicher, Goerdeler als Ministerkandidaten

Verschärfte Durchführung der faschistischen Diktatur . Schleicher fordert nationalsozialistische Minister . Goerdeler arbeitet an Notverordnung mit. Das Ergebnis der Politik des „kleineren Uebels". Rote Einheitsfront verbürgt Sieg über Faschismus

Berlin, 18. Mai 1932. (Eig. Drahtber.)

Gestern vormittag hatte der Reichskanzler Brüning eine längere Unterredung mit dem General Schleicher, der auf eine schnellere Heranziehung der Nazis in die Regierung und eine stärkere Beeinflussung des Reichskabinetts durch die Reichswehr-Generalität drängt. Besonders handelte es sich bei dieser Besprechung um die Neubesetzung des Reichswehrministeriums, für das jetzt Schleicher selbst in Aussicht genommen wird.

Wie die bürgerliche Presse mitteilt, hat Schleicher gegen die Besetzung des Reichswehrministeriums mit seiner Person „zunächst noch schwere Bedenken", da bisher keine genügenden Sicherheiten für eine Kursänderung der Reichsregierung vorhanden wären. Mit anderen Worten heißt das, daß er eine weitere Umbildung der Regierung durch Einbeziehung von Nationalsozialisten fordert. Schleicher handelt dabei im engsten Einvernehmen mit Hindenburg, der auch auf Drängen der Generalskamarilla im Reichswehrministerium von Brüning den Rücktritt Groeners verlangt hat.

Das Reichswirtschaftsministerium soll, wie wir bereits meldeten, mit dem Leipziger Oberbürgermeister Goerdeler besetzt werden, der für den sogenannten Preisabbau als Reichskommissar eingesetzt war. Goerdeler hat bereits zugesagt, das Reichswirtschaftsministerium zu übernehmen, wenn er noch von Hindenburg bestätigt dazu aufgefordert würde.

Gestern nachmittag wurden die Beratungen des Reichskabinetts über die neue Notverordnung fortgesetzt. Wie wir gestern bereits ausführlich berichteten, handelt es sich bei der neuen Notverordnung um den 10prozentigen Abbau der Erwerbslosenunterstützung, die Einführung neuer Massensteuern, die Erhöhung der bereits bestehenden Steuern, Kürzung der Renten usw. An diesen Beratungen nahm bereits Goerdeler teil.

Die neuen Besprechungen Brünings mit Schleicher kündigen unmittelbar bevorstehende, weitere Verschärfung der faschistischen Diktatur an. Seit Wochen arbeiten die Reichswehrleute Schleicher und Hammerstein an der Neubildung der Regierung um diesen Kurs durchzusetzen. Der Sturz Groeners nicht aus grundsätzlichen, sondern aus taktischen Gründen erfolgte, war ihr erster Erfolg. Die weitgehendste Umbildung der Regierung, die Einbeziehung der Nationalsozialisten, die Stärkung ihres eigenen Einflusses im Reichskabinett das nächste Ziel der Schleicher-Hammerstein. Ihr Vorgehen ergibt sich dabei wieder aus der Tatsache, daß sie in engstem Einvernehmen mit Hindenburg handeln, dessen Pläne genau kennt und unterstützt. Derselbe Generalfeldmarschall Hindenburg, der von der SPD und der „Eisernen Front" in den Sattel gehoben wurde, zeigt sich somit immer mehr als stärkste Stütze zur Verschärfung des faschistischen Kurses und der Errichtung der Diktatur der Generale. Was wir schon vor der Reichspräsidentenwahl vorausgesagt haben, die Wahl Hindenburgs die Stärkung des Faschismus bedeutet, erfüllt sich so in kurzer Zeit.

Die Verschärfung des faschistischen Kurses bedeutet neue Angriffsmaßnahmen und neue Verbote gegen die Arbeiterklasse. Mit diesen Maßnahmen, wie sie sich bereits im Verbot des Preußischen Freidenker, in den ungeheuren Zuchthaus- und Gefängnisstrafen gegenüber revolutionären Arbeitern und Kommunisten zeigte, will die Bourgeoisie ihren Ausweg aus der Krise, der in der verschärften Ausplünderung der werktätigen Massen und der beschleunigten Vorbereitung des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion besteht, sichern.

Mitverantwortlich dieser Politik der weiteren Verelendung und brutalen Unterdrückung der Arbeiterklasse, ist die SPD. Die bürgerlichen Parole Hindenburg ist das „kleinere Uebel" gegenüber Hitler, hat sie Millionen von Arbeitern irregeführt und dem Faschismus unterordnet. Heute enthüllt sich die Politik des „kleineren Uebels" erneut und in verschärfter Form als die Politik der Förderung neuer faschistischer Diktaturmaßnahmen und Notverordnungen, als die Politik der Förderung des Lohn- und Unterstützungsabbaues, des Arbeitsdienstes und der Kriegsvorbereitungen.

Die Arbeiterschaft kann und darf der SPD, der Eisernen Front und dem ADGB auf diesem Wege keinen Schritt weiter folgen. Für die Arbeiterklasse kann es nur eins geben, schärfsten Kampf gegen alle Maßnahmen der Bourgeoisie, die neue Not, Elend, Faschismus und Krieg bedeuten.

Der Weg dieses Kampfes geht über die Schaffung einer einheitlichen Front aller Arbeiter in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den Ortschaften. Die Bildung der Einheitsfront der sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Arbeiter, zum Kampf gegen den Nazi-Terror, gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, gegen alle faschistischen Maßnahmen und Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie ist das Gebot der Stunde.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und das Exekutivkomitee der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition haben allen Arbeitern und allen Organisationen, in denen Arbeiter organisiert sind, die Hand zum gemeinsamen Kampf geboten. Dieser Kampf kann selbstverständlich nicht gemeinsam geführt werden mit denen, die mit der Bourgeoisie durch dick und dünn gehen, die jede Regierung tolerieren und für jede Notverordnung stimmen, die den Unternehmern bei ihrem Lohnraub behilflich sind und die Interessen der Arbeiter tagtäglich verraten. Dieser Kampf kann und muß aber gemeinsam geführt werden, von all denen, die von der Bourgeoisie ausgebeutet, geknechtet und unterdrückt werden. Dieser Kampf muß geführt werden von allen sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Arbeitern gegen Hunger, Krieg und Faschismus, für Arbeit, Brot und Freiheit.

Ausgehend von dem Kampf um Lohn und Brot, um Arbeit und ausreichende Unterstützung, ausgehend von der Schaffung der Einheitsfront aller Arbeiter in den Betrieben und an der Stempelstelle für diese Tagesforderungen wird die Arbeiterklasse über den Faschismus siegen.

Japanische Kriegstreiber in Polen

Warschau, 16. Mai (Eig. Drahtb.)

Dieser Tage bereitete die polnische Generalität den in Warschau eingetroffenen Vertretern der japanischen Armee, dem Obersten Imuzun und dem Major Goriki einen feierlichen Empfang. Die japanischen Offiziere besichtigten mehrere Truppenteile, besuchten die Kasernen der 1. Reiter-Artillerie-Division und wohnten deren Truppenübungen bei.

Nach dem Ministerattentat Ultimatum der imperialistischen Armee Japans

Offene Kriegsregierung gegen UdSSR

Die Armee hinter den nationalistischen Attentätern . Vor einem Militärkabinett zur schnelleren Durchführung der Kriegspolitik . Höchster Alarm für die Arbeiterklasse! Verteidigt die Sowjetunion!

Nach dem Revolverattentat auf den japanischen Ministerpräsidenten Inukai ist die Armee mit einem Ultimatum hervorgetreten, in dem die sofortige Bildung einer nationalen Regierung verlangt wird, um die japanische Politik in der Mandschurei und gegen Sowjetrußland mit größerer Agressivität durchzuführen. Es wird dazu aus Tokio gemeldet, daß dieses Ultimatum Berücksichtigung finden wird, da nach der japanischen Verfassung der Kriegsminister aus der Kaste der Generale gewählt werden muß, ohne deren Zustimmung keine Regierung gebildet werden kann. Die Hintermänner der Attentäter aber sind die einflußreichen Generale, die den Bombenanschlag organisiert haben, um die ihnen zu schwächliche Inukai-Regierung zu beseitigen und an ihre Stelle eine offene Kriegsregierung zu setzen, die den mit Ungeduld an der Sowjetgrenze lauernden Generalen der starken japanischen Truppen den Befehl zum Losschlagen geben soll.

Die Anstifter im japanischen Kriegsministerium

Schanghai, 16. Mai 1932

In allen Kreisen Schanghais ist man einmütig der Auffassung, daß das Attentat auf den japanischen Ministerpräsidenten durch das japanische Kriegsministerium veranlaßt wurde, um den verschärften Krieg in der Mandschurei und die Feindschaft gegen die Sowjetunion als einen Ausdruck des Volkswillens erscheinen zu lassen. Auf Anweisung der japanischen Regierung fahndet die japanische Polizei in Schanghai nach Katayama, dem greisen Führer der japanischen Kommunisten, der angeblich aus Moskau eingetroffen sein soll. Die Urheber des Attentats haben nämlich behauptet, daß das Attentat einer beabsichtigten kommunistischen Massenaktion zur Verhinderung der Intervention gegen die Sowjetunion zuvorkommen sollte. Die Ablehnung der Kabinettsdemission mit der Ausschiffung des Kriegsministers Araki bezweckt eine Stärkung der außerparlamentarischen Antisowjetfront gegenüber der Arbeiterschaft.

Unbedingter Friedenswille der Sowjets

Die bürgerliche Presse meldet aus Moskau, daß das Attentat in Tokio starke Erregung bei den russischen Arbeiter- und Bauernmassen ausgelöst habe, da in politischen Kreisen mit einer grundlegenden Veränderung der politischen Lage im Fernen Osten gerechnet wird, wenn die Militärpartei in Japan die Macht übernehme.

Nach dem Tempo hat der Chef des Moskauer Generalstabs der Roten Armee eine Rede im Rundfunk gehalten, in der er unter Hinweis auf die Entwicklung der fernöstlichen Politik Japans und der Würdigung des ganzen Ernstes der gegenwärtigen Situation erklärt habe:

„Die Rote Armee werde Gewehr bei Fuß die Entwicklung abwarten. Die Gefahr im Fernen Osten sei ungeheuer gewachsen, und die Sowjetdiplomatie werde alles tun, um auch mit einer neuen Regierung in Japan zu einer Verständigung zu kommen. Mit der Militärkaste Japans sei aber eine Verständigung leider unmöglich."

Die Revolverschüsse in Tokio, der Mord an dem französischen Ministerpräsidenten in Paris, das Attentat auf den deutschen Legationsrat Twardowski in Moskau, das sind drei Anschläge von Beauftragten der Weltbourgeoisie, die alle der eine Gedanke verband, den Krieg gegen die Sowjetunion zu beschleunigen. Sie alle haben sich gleichermaßen zu diesem Ziel bekannt.

Von Tokio bis Paris, vom Fernen Osten bis zum Westen zieht sich das Heer derer, die mit steigender Furcht den katastrophalen Niedergang in den kapitalistischen Ländern und den Aufstieg in der Sowjetunion verfolgen. Den vollen Aufbau in der UdSSR durch die Intervention zu verhindern, ist das ausgesprochene Ziel der Attentäter. Ihre terroristischen Akte sind der Ausdruck einer breiten Stimmung unter den Kapitalisten, im Krieg gegen das Vaterland aller Werktätigen, unbeschadet ihrer eigenen schwerwiegenden Differenzen, einen blutigen Ausweg aus der Krise zu öffnen.

Die japanische Bourgeoisie steht vor einer verzweifelten Lage. Bei einer Bevölkerung von 60 Millionen ist die Zahl der Arbeitslosen weit über die 3 Millionen hinaus und trotz schändlichster Hungerlöhne geht die Ausfuhr Monat um Monat katastrophal zurück. Heute bereits liegen zwei Drittel der gesamten Industrie still und die Not der werktätigen Schichten wächst ins grenzenlose. Damit wächst die soziale Rebellion der hungernden Massen, die jetzt schon in gewaltigen revolutionären Bewegungen zum Ausdruck kommt.

Und nun soll eine Orgie des Chauvinismus diese revolutionäre Bewegung erstücken und der japanischen Bourgeoisie durch den sofort auszulösenden Krieg einen Ausweg aus der Krise